UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
OCT 19 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 28. September	Nr. 1259

Letzter Standort der deutschen Kriegsschiffe in Spanien.

Berlin, 26. September. Der zum Schutze der deutschen Interessen in den spanischen Gewässern befindliche Verband des Konteradmirals Boehm verteilt sich nach den letzten Standortmeldungen wie folgt:

Nordgruppe: Kreuzer „Leipzig" (Kommandant Kpt. z. S. Schenk) in See. Torpedoboot „Jaguar" in St. Jean de Luz.

Südgruppe: Kreuzer „Nürnberg" (Flaggschiff des Konteradmirals Boehm) Malaga. Panzerschiff „Admiral Graf Spee" (Kommandant Kpt. z. S. Patzig) in See in Nähe Alicante. Torpedoboot „Möwe" in See. Torpedoboot „Wolf" westlich Gibraltar. Torpedoboot „Iltis" Alicante. Torpedoboot „Tiger" Barcelona. Torpedoboot „Greif" stand in der Straße Dover—Calais mit Kurs auf die Heimat.

* * *

Auch in den letzten acht Tagen konnte unter dem Schutz unserer Kriegsschiffe und in engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Handelsschiffen der Abtransport weiterer deutscher Volksgenossen aus Spanien fortgesetzt werden. So hat D. „Ozean" rund 60 Flüchtlinge, von denen 22 von Panzerschiff „Graf Spee" aus Alicante gebracht worden waren, unter dem Geleit des Torpedobootes „Tiger" von Barcelona nach Genua übergeführt. 22 Deutsche und Spanier verließen Malaga auf dem Dampfer „Katania". Torpedoboot „Jaguar" hat 38 Flüchtlinge, darunter zwei Deutsche von Mundaca (bei Bilbao) nach San Sebastian und St. Jean de Luz gebracht. Auf dem Dampfer „Genua", der am 25. 9. Barcelona mit dem Bestimmungshafen Genua verlassen hat, befanden sich 103 Flüchtlinge, darunter 59 Deutsche, 12 Kubaner, 10 Columbianer, 9 Argentinier, 7 Oesterreicher, 2 Griechen, 1 Spanier, 1 Tschechoslowake und 1 Ungar.

Beabsichtigte Kriegsschiffsablösung in Spanien.

Berlin, 26. September. Das Oberkommando der Kriegsmarine beabsichtigt, den in spanischen Gewässern unter Konteradmiral Boehm als Seebefehlshaber eingesetzten Kriegsschiffe durch Streitkräfte aus der Heimat unter dem Kommando des Befehlshabers der Linienschiffe, des Konteradmirals Carls, der schon einmal die Seestreitkräfte in den spanischen Gewässern befehligte, abzulösen.

Zu dem in den letzten Tagen aus der Heimat auslaufenden Verband werden folgende Kriegsschiffe gehören:

Panzerschiff „Deutschland" (Flaggschiff, Kommandant Kpt. z. S. Fanger),

Panzerschiff „Admiral Scheer" (Kommandant Kpt. z. S. Ciliax),

Kreuzer „Köln" (Kommandant Kpt. z. S. Backenköhler),

2. Torpedobootsflotille, bestehend aus den Booten: „Seeadler", „Albatros", „Luchs" und „Leopard".

Der Verband des V. B. A., der seit Wochen unermüdlich den Schutz unserer Volksgenossen in Spanien wirksam durchgeführt hat, tritt nach erfolgter Ablösung sofort die Rückreise in die Heimat an, wo er noch vor Mitte Oktober zurückerwartet wird.

Arbeitstagung der Führerschaft des Landjahres.

Berlin, 26. September. Am 19. September wurde die Arbeitstagung aller Landjahrbezirksführer und Landjahrbezirksführerinnen aus dem Reich in der zukünftigen Landjahr-Führerschule Wusig, Kreis Beeskow-Storkow, eröffnet. Die Arbeitstagung ist mit einem zehntägigen Schulungslager verbunden und dient der eingehenden Besprechung aller Erziehungs- und Schulungsfragen, die aus der nun dreijährigen praktischen Landjahrarbeit erwachsen sind.

Das Landjahr ist eine Schöpfung des Reichserziehungsministers Rust und hat als Erziehungsform des nationalsozialistischen Staates revolutionierend auf die Gestaltung der Jugenderziehung gewirkt. Mit Ablauf dieses Jahres stehen rund 100 000 Jungen und Mädchen in den Groß- und Industriestädten als ehemalige Landjahrpflichtige in den Reihen der Hitlerjugend und des BdM. Durch Lagererziehung, Bauernarbeit und nationalpolitische Schulung, die sie während der achtmonatigen Landjahrzeit erlebt haben, werden sie als junge begeisterte Nationalsozialisten am Bau des Reiches mitwirken.

An der Arbeitstagung nehmen außer den Landjahrbezirksführern und -führerinnen Preußens, Danzigs und Württembergs auch die Vertreter des Landjahrs in Braunschweig und Sachsen teil.

Im Laufe der Tagung werden auch mehrere Referenten der Reichsjugendführung über die im Lager nahelegenden Sachgebiete sprechen.

Die Ausbauarbeiten an der künftigen Landjahrführerschule, die der Ausbildung neuer Landjahrerzieher wie der ständigen Weiterbildung der in der Erziehungsarbeit stehenden Führerschaft dienen soll, werden Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Schulungstagung der DAF. in Marienburg.

Marienburg, 26. September. In Marienburg begann am Sonnabend eine Arbeits- und Schulungstagung des Reichspropagandaamtes der DAF., in der die Propagandisten der DAF. aus dem ganzen Reich Richtlinien für die Winterarbeit erhalten werden.

Die Pariser Abendpresse zur Abwertung.

Paris, 26. September. Die Frankenabwertung bildet in Paris das Tagesgespräch. Das in der Bevölkerung verbreitete Gerücht, daß die Banken längere Zeit geschlossen werden würden, wird vom Finanzministerium als unrichtig bezeichnet. Dagegen trifft es zu, daß Beamte der Devisenabteilung des Finanzministeriums in den Großbanken bereits Nachforschungen nach Devisengutbaben anstellen.

Das allgemeine Urteil, soweit man von einem solchen überhaupt sprechen kann, läßt sich auf folgende Formel bringen: Der Erfolg der Abwertung ist noch in keiner Weise sichergestellt. Selbst ausgesprochene Anhänger der Abwertung weisen darauf hin, daß diese Maßnahme, um wirksam zu sein, viel früher hätte durchgeführt werden müssen.

Der frühere Ministerpräsident Flandin, ein Fachmann in finanz- und währungstechnischen Fragen, verurteilt die Abwertung und sagt ihren sicheren Mißerfolg voraus.

Auch die Abendpresse bringt ihre Besorgnis zum Ausdruck. Dem **Temps** will es nicht einleuchten, daß das sogenannte internationale Währungsabkommen die Stabilisierung des Franken verbürge. Die Regierungen von Washington und London hätten lediglich versprochen, soweit als möglich die sogenannte Angleichung des Franken nicht zu stören. Beide Regierungen versicherten, daß sie auf währungspolitischem Gebiet gezwungen seien, ihren inneren Bedürfnissen Rechnung zu tragen, mit anderen Worten, daß sie ihre Währungsunabhängigkeit zu wahren gedächten. Wenn man also von „Angleichung" spreche, so vergewaltige man den Sinn des grundsätzlichen Abkommens. Man habe es mit einer Abwertung schlechthin zu tun ohne Rückkehr zu einem internationale System fester Währungen.

Der „Temps" kommt zu dem Ergebnis, was die Betonung des gemeinsamen Willens, den Frieden zu wahren, mit der währungstechnischen Frage zu tun habe. Im übrigen nennt er die Abwertung eine äußerst ungerechte und schmerzvolle Maßnahme.

Die **Liberté** läuft Sturm gegen die Volksfront, die die Abwertung einer energischen Herstellung der Ordnung vorziehe. Frankreich lasse jetzt nach seiner Politik auch seine Wirtschaft vom Ausland ins Schlepptau nehmen. Das Parlament werde am Montag über einen der schlimmsten Zusammenbrüche der parlamentarischen Geschichte Gericht zu halten haben.

Das **Journal des Débats** schreibt, die Regierung habe das Gegenteil von dem getan, was notwendig war. Sie suche sich jetzt aus der Klemme zu ziehen, in die sie sich und die Franzosen gebracht habe. Sechs Monate Volksfrontregierung hätten das ergebnis fruchtbarer Arbeit zur Erhaltung der Währung vernichtet. Das Parlament stehe vor einer äußerst ernsten Frage.

Das Ausland zum Pariser Währungsabkommen.

London, 26. September. Auch die Spätabendblätter fahren fort, den Berichten über die Abwertung des französischen Franken breite ergebnis nahmerkmale zu schenken. Die Tatsache, daß auch die Schweiz abwertet und sich dem französischen Franken anschließt, während Holland am Goldstandard festhält, wird in Balkenüberschriften verzeichnet. Auch die Tatsache, daß heute in London amtlich kein Goldpreis festgestellt wurde, ein Ereignis, das seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen war, findet stärkste Beachtung.

Nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten hatten am Sonnabend Reisende, die sich nach Frankreich begeben wollten. Es war ihnen so gut wie unmöglich, französisches Geld zu erhalten. Sie mußten zum Teil für den Franken noch die alten Preise bezahlen, verloren also bis zu 30 v. H. beim Umtausch ihrer Devisen. Die französische Propaganda greift jedoch gerade dieses Ereignis auf, um die Engländer damit zu trösten, daß man demnächst wieder „billig" nach Frankreich reisen könne.

Die Bedeutung des Währungsabkommens zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika sieht Reuter weniger in der Abwertung des Franken als vielmehr in der Tatsache, daß die drei genannten Staaten auf der Grundlage eines Gentleman-Agreement zusammenarbeiten, um ihre Währungen in einem festen Verhältnis zu einander zu halten. Die drei Staaten seien bereit, dem Markt ihre großen finanziellen Reserven zur Verfügung zu stellen, um das neue Verhältnis gegen alle Angriffe von Seiten der Spekulation zu schützen. Die Stärke der Hilfsquellen zeige sich darin, daß allein der britische Währungsausgleichsfonds 350 Millionen Pfund betrage, der der Vereinigten Staaten 2 Milliarden Dollar und der von Frankreich 10 Milliarden Franken. Das sei eine Gesamtsumme von 850 Millionen Pfund.

„Solche riesigen Summen werden, so heißt es, genügen, um die Spekulation abzuschrecken.

Weiter wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß andere Länder sich anschließen werden

Im Zusammenhang damit verweist Reuter darauf, daß die Abwertung des Franken nicht besage, daß sich Frankreich gänzlich vom Golde löse. Es sei vielmehr klar, daß später einmal, wenn die Lage sich geklärt habe, Frankreich wieder die freie Ein- und Ausfuhr von Gold auf der neuen Frankengrundlage zulassen werde.

Rom, 26. September. Die Abwertung des französischen Franken wird in den italienischen Bankkreisen und in den zuständigen Ministerien sehr ruhig aufgenommen. Man betont, daß man mit dieser Maßnahme mehr oder weniger gerechnet habe, wenn sie auch vielleicht etwas früher als vorausgesehen getroffen worden sei. Bei den zuständigen Ministerien werden, wie ferner verlautet, Maßnahmen erwogen, um auf die neue Lage vorbereitet zu sein. Einschneidende Beschlüsse ständen jedoch nicht bevor.

Keine Aenderung der belgischen Währungspolitik.

Brüssel, 26. September. Die belgische Regierung schließt sich in einer Erklärung der französisch-englisch-amerikanischen Währungsvereinbarung insoweit an, als darin der gemeinsame Wille befundet wird, den Frieden zu wahren, die Schaffung von Bedingungen zu begünstigen, die am besten zur Wiederherstellung der Ordnung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen beitragen können, und eine Politik zu betreiben, die auf die Entwicklung des Wohlstandes in der Welt und auf die Besserung des Lebensstandards der Völker abzielt.

Zu diesem Zweck ist die belgische Regierung entschlossen, an der seit 1½ Jahren von ihr befolgten Währungspolitik nichts zu ändern, die eine vollständige Stabilität des belgischen Franken am Devisenmarkte sicherte und so jede Störung dieses Marktes vermied. Die belgische Regierung ist wie die englische und amerikanische Regierung der Ansicht, daß die Entscheidung der französischen Regierung, dem Parlament die Angleichung der französischen Devise vorzuschlagen, dazu führen wird, solidere Grundlagen für die Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen. Die belgische Regierung legt großen Wert darauf, daß die gegenwärtigen Kontingentsysteme und Devisenkontrollen abgebaut werden. Sie hält es schließlich für äußerst wünschenswert, daß eine Zusammenarbeit mit anderen Nationen zwecks Verwirklichung des vorstehend formulierten Programms eingeleitet wird.

Tschechoslowakei und Pariser Währungsabkommen.

Prag, 26. September. Der Vorsitzende der tschechoslowakischen Regierung Dr. Hodscha äußerte gegenüber dem Vertreter des Tschechoslowakischen Preßebüros über die durch die Währungsmaßnahme der französischen Regierung entstandene Lage: „Der Beschluß der französischen Regierung hat in Prag nicht überrascht. Deshalb betrachten wir jede weitere Entwicklung auf den internationalen Märkten ruhig. Es wurden lediglich die Notierungen einiger Devisen bis zu dem Augenblick gestrichen, wo über deren weiteren Wert Klarheit herrschen wird. Wenn allerdings die Ruhe auf den Geld- und Devisenmärkten durch Anzeichen von Spekulationsaktionen gestört werden sollte, würde die Staatsverwaltung mit rücksichtsloser Strenge einschreiten.

„Die französische Maßnahme betrifft nicht sehr stark die Interessen der hiesigen Wirtschaft, da wir auf den Weltmärkten mit den französischen Waren im großen und ganzen nicht konkurrieren. Abgesehen davon, daß die Tschechoslowakei bereits durch die Herabsetzung der Währung im Jahre 1934 dem französischen Schritt in gewissem Maße zuvorgekommen ist, ist unsere finanzielle Lage auch sonst so fest, daß wir die weitere internationale Wirtschaftsentwicklung in Ruhe abwarten können."

Ansturm auf Sachwerte erste Folge der Frankenabwertung.

Paris, 26. September. Am Sonnabend nachmittag setzte in Paris ein Ansturm auf Sachwerte ein. Alle Geschäfte waren überfüllt; stellenweise konnten die Verkäufer dem Andrang der Kunden kaum standhalten. Die Warenhäuser gaben bekannt, daß sie trotz der Abwertung keine Preiserhöhung vornehmen würden.

Auf den großen Boulevards sah man eine lange Reihe von Kraftddroschken, dicht besetzt von lachenden und singenden jungen Leuten. Die Insassen schwenkten gelbe Fahnen und riefen den zahlreichen Fußgängern zu: „Freut Euch mit uns! Umarmt Euch! Man hat uns betrogen!" Es handelte sich offensichtlich um eine Kundgebung rechtsstehender Kreise gegen die Abwertungsmaßnahmen der Regierung. Die Polizei sah keine Veranlassung einzugreifen.

Die Begründung der französischen Währungsvorlage.

Paris, 28. September. Die Begründung zur Währungsvorlage, in deren Beratung die Kammer am heutigen Montag eintritt, besagt u. a., zweifellos hätte Frankreich sich von der übrigen Welt abschließen können, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verheimlichen und eine unvermeidlich werdende Lösung hinauszuschieben. Eine solche Politik der Wirtschaftsautarkie wäre Frankreich unfehlbar zu immer schärferen Ueberwachungsmaßnahmen und zu einer immer stärkeren Einschränkung des Wirtschaftsaustausches mit dem Auslande geführt haben.

Besorgt um das Wohlergehen der Nation und im Bewußtsein der Rolle, die das französische Volk in der internationalen Politik zu spielen schuldig sei, habe die Regierung diesen Weg nicht einschlagen wollen. Folglich habe man das Land zwangsläufig auf die „Währungsangleichung" hinsteuern müssen. Das von Frankreich mit den Vereinigten Staaten und England getroffene Abkommen lege den Grund für eine Zusammenarbeit, die die sichersten Erfolgsaussichten biete. Eine der Erwägungen, die die Regierung bei der Wahl des Währungssatzes angeleitet habe, sei die Wiederherstellung der unerläßlichen Parität zwischen den Inlandspreisen und den Preisen der maßgebenden ausländischen Märkte.

Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Zeichen der internationalen Zusammenarbeit die jetzige Währungsreform ein besseres Zeitalter für Frankreich und die Welt vorbereiten werde.

Toledo von den Nationalisten eingenommen.

Paris, 28. September. Die nationalistischen Streitkräfte haben Toledo erobert. Ueber die Einnahme, die nach den in der Nacht hier eingetroffenen Meldungen ungeheure Begeisterung ausgelöst hat, berichtet der Sender La Coruna einige Einzelheiten: Bereits in der Nacht zum Sonntag drangen nationalistische Abteilungen in die Stadt ein, um sich von der Widerstandskraft der roten Besatzung zu überzeugen. Nachdem man festgestellt hatte, daß diese gleich null sei, machten sich die verschiedenen Heeressäulen zum Sturmangriff fertig, der am Sonntag nachmittag eingeleitet wurde. Um 20 Uhr kam es zu heftigen Nahkämpfen in den Straßen der Stadt. Um 21 Uhr setzte ein Bajonettangriff auf das Rathaus ein. Einige Augenblicke später war die Stadt restlos in den Händen der Nationalisten. General Varela befreite persönlich die überlebenden Verteidiger des Alkazar. Eine Abteilung besetzte schnellstens den Bahnhof und eine Brücke, um den Roten den Weg abzuschneiden.

Die Madrider Regierung „säubert" das Beamtentum.

Paris, 28. September. Durch eine Verordnung der Madrider Regierung werden sämtliche Beamte mit Ausnahme der Militärbeamten ihrer Posten enthoben. Insgesamt werden einige 10 000 Personen von dieser Maßnahme betroffen. Offensichtlich will die Regierung, wie es in einer Havas-Meldung aus Madrid heißt, eine strenge Auslese treffen und nur noch solche Beamte im Dienst belassen bzw. neu einstellen, deren republikanische Gesinnung außer Zweifel steht.

Falsches Gerücht um den früheren König Alfons.

Paris, 26. September. Gegenüber dem von Havas verbreiteten Gerücht, wonach der frühere König von Spanien an Bord des italienischen Dampfers „Nex" eingetroffen sei, wurde dem dortigen Havas-Vertreter von der Schiffsleitung mitgeteilt, daß sich König Alfons nicht an Bord befunden habe.

Schutz für die Chinesen in Japan.

Tokio, 26. September. Die Polizei hat umfangreiche Schutzmaßnahmen für die in Japan lebenden ruhigen Chinesen getroffen. Andererseits werden angesichts der gespannten Lage diesenigen Chinesen einer scharfen Beobachtung unterzogen, die mit China in enger Verbindung stehen und daher als Verbreiter von falschen Gerüchten in Frage kommen können.

Die Gesamtzahl der Chinesen in Japan beträgt 16 000.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.